

Berliner Colloquien zur Zeitgeschichte

— 47 Bettina Greiner *Einleitung* — 49 Dierk Walter *Krisen und Spielräume imperialer Herrschaft. Eine Skizze zur Einführung* — 51 Claudia Weber *Krisen und Krisenwahrnehmung* — 53–73 Klaas Voß *Protokoll zur Tagung »Exit Options«: Krisen und Spielräume imperialer Herrschaft* — 56 Dierk Walter *Imperiale Aushandlungsprozesse* — 62 Claudia Weber *Transformation politischer Herrschaftspraxis* — 68 Bernd Greiner *Gewalt als Handlungsoption* — 73 *Literatur*

Einleitung

Am 1. und 2. Juli 2011 veranstalteten die *Berliner Colloquien zur Zeitgeschichte* ihre dritte Tagung. Das Thema: »Exit Options«: *Krisen und Spielräume imperialer Herrschaft*. Tektonische Verschiebungen, so die zugrunde liegende Überlegung, definieren historische Wendemarken und gehören seit jeher zu den spannendsten Gegenständen der Historiographie. In den Worten des Historikers D. George Boyce: »The test of any system is found when it is opposed.« Wie reagieren Groß- und Hegemonialmächte auf Herausforderungen durch Konkurrenten? Auf Krisen? Auf eine Infragestellung ihrer realen, symbolischen oder imaginierten Macht? Welche »Exits« stehen offen, welche Optionen werden geschaffen? Dergleichen Fragen drängen sich nicht zuletzt auf, weil sie weit über die unmittelbaren Akteure hinausweisen. Hegemonialmächte nehmen per definitionem auf das Leben und Zusammenleben von Dritten unmittelbar Einfluss, wenn sie es nicht gar bestimmen. Deshalb ist es gerade aus der Perspektive dieser Dritten alles andere als egal, welche Antworten Metropolen auf ihre Probleme formulieren. Es muss nicht besonders betont werden, dass wir heute am Beginn einer derartigen Zeitenwende stehen, die uns vermutlich über Jahrzehnte hinaus beschäftigen wird – mit verlaufsoffener Dynamik und unabsehbaren Ergebnissen. Insofern ist eine rückwärts gewandte Betrachtung von »Exit Options« durchaus auch von zeitdiagnostischem Interesse. Wie auch immer: Wenn wir in die Geschichte zurückblicken und im genannten Sinn

nach den »Exit Options« fragen, dann führt kein Weg an Imperien als Analyseeinheit vorbei. Denn die wichtigsten Hegemonialmächte der Moderne, die eine Antwort auf das Problem von »Exit Options« finden mussten, waren in der Regel Imperien. Umso erstaunlicher ist es, dass ausgerechnet in dieser Frage eine große Forschungslücke klafft: Die Literatur zu allen möglichen Facetten der Imperien-geschichte ist unüberschaubar. Mit »Exit Options« hingegen beschäftigen sich nur wenige Autoren.

Die Tagung war in vier Sektionen unterteilt: Krisen und Krisenwahrnehmung – Imperiale Aushandlungsprozesse – Transformation politischer Herrschaftspraxis – Gewalt als Handlungsoption. Zur Vorbereitung standen den Teilnehmern ein Reader mit einführenden Texten sowie ein auf die einzelnen Sektionen zugeschnittener Fragenkatalog zur Verfügung. Die Convenors Claudia Weber, Dierk Walter und Bernd Greiner leiteten die jeweils zweistündigen Diskussionsrunden mit knappen Impulsreferaten und zwei rahmensetzenden Thesen ein.

Erstens: »Wir wollen Imperium verstehen als multiethnischen Machtraum, in dem eine Kerngesellschaft über mehrere kulturell und geographisch distinkte Peripheriegesellschaften effektive, aber nicht notwendig formelle, annähernd ausschließliche Kontrolle ausübt. Dabei wollen wir uns auf Weltmächte konzentrieren, die zu erheblicher Machtprojektion auch jenseits der imperialen Grenzen fähig sind.«

Zweitens: »Imperiale Herrschaftskrisen wollen wir verstehen als fundamentale Infragestellung der Machtprojektionsfähigkeit, der Struktur oder gar der Existenz des Imperiums.«

Abgesehen von Mitarbeitern des HIS und des Einstein Forums Potsdam nahmen teil: Prof. Dr. Jörg Baberowski *Humboldt Universität zu Berlin* Prof. Dr. Arndt Brendecke *Universität Bern* Dr. Tanja Bühner *German Historical Institute London* Moritz Feichtinger *Universität Bern* Prof. Dr. Stig Förster *Universität Bern* Dr. Andreas Frings *Johannes Gutenberg Universität Mainz* Dr. Andreas Hilger *Helmut Schmidt Universität Hamburg* Prof. Dr. Ulrike von Hirschhausen *Universität Rostock* Prof. Dr. Michael Khodarkovsky *Loyola University Chicago* PD Dr. Thoralf Klein *Loughborough University* Prof. Dr. Alan Kramer *Trinity College Dublin* Prof. Dr. Ludger Mees *Universität des Baskenlandes* Prof. Dr. Susanne Schattenberg *Universität Bremen* Prof. Dr. Karl Schlögel *Europa Universität Viadrina* Prof. Dr. Benedikt Stuchtey *German Historical Institute London*.

Bettina Greiner

Dierk Walter *Krisen und Spielräume imperialer Herrschaft.*
Eine Skizze zur Einführung

»It is a truth, universally acknowledged, that all empires fall; but they fall after their own fashion, though there are common themes in their demise.« – Der erste Satz aus einer Geschichte des Niedergangs des britischen Weltreiches, die für D. George Boyce 1775 beginnt, scheint beispielhaft für das historische Bild von Imperien: Sie sind mit inneren Widersprüchen beladen, fragil, anachronistisch, zum Untergang verdammt. Unter den Organisationsformen politischer Herrschaft in der Moderne ist das Imperium für die Geschichtsschreibung gleichsam der zur Anpassung unfähige Dinosaurier. Der Nationalstaat ist entsprechend ab Beginn der Neuzeit der schlaue und lernfähige Homo sapiens, dem die Welt gehören wird: quod erat demonstrandum.

Alle Imperien also müssen untergehen, aber jedes auf seine Art; ~~hier~~ passend, dass diese Einsicht an Tolstoi anklingt. Das ist denn auch das historische Bild imperialer Krisen. Ihr Studium scheint klassischerweise darauf angelegt, zu erweisen, wie ein spezifisches Imperium auf seine Art zugrunde gegangen ist. Und die Niedergangsgeschichte beginnt schon mit den frühesten Krisen eines Imperiums. Sie sind immer bereits ein Vorzeichen des schlussendlichen Niedergangs, ein früher Riss im Ritz der Fassade eines Gebäudes mit verfehlter Statik. Imperien scheinen die Saat des Zerfalls bereits von der Gründung an in sich zu tragen. Für ein Imperium ist Krise immer Bedrohung, nie aber Chance.

Wir halten die Binsenweisheit vom unvermeidlichen Verfall von Imperien in sich für ahistorisch und denken daher, dass sie auch zu einer ahistorischen Sicht auf imperiale Krisen führt. Wir meinen, dass der Niedergang von Imperien, wie alle Geschichte, historisch kontingent ist, und damit nicht unvermeidlich. Wir glauben, anders gesagt, dass Krisen von Imperien eine genauere Analyse verdienen. Wir plädieren dafür, Krisen als komplexe politische und gesellschaftliche Aushandlungsprozesse zu verstehen und zu untersuchen, in denen das Ende – eine Lockerung des imperialen Zusammenhalts – nicht vorweggenommen ist.

Und wir halten diese Perspektive auch aus einem anderen Grund für nötig: Jede imperiale Krise als Schritt in Richtung Abgrund misszuverstehen bedeutet, einem vorsintflutlichen Verständnis von Imperium als monolithische Zwangsherrschaft der Metropole über die Peripherien anzuhängen. Wir sind überzeugt, dass Imperien komplexer waren, dass sie auf Interessenkonvergenzen zwischen gesellschaftlichen Kräften in Metropole und Peripherie aufbauten, vulgo: auf Kollaboration (ein Begriff, den wir wegen seiner offensichtlichen pejorativen Beiklänge aber vermeiden möchten). Ist das der Fall, dann sind imperiale Krisen Interaktionsprozesse zwischen diesen gesellschaftlichen Kräften, die zu einer Neuaushandlung der imperialen Struktur führen können. Wir wollen also Krisen als Chancen für eine Transformation von Imperien betrachten, als Anpassungsprozesse an veränderte gesellschaftliche, politische oder internationale Bedingungen. Und das Studium imperialer Krisen, weit davon entfernt, eine Analyse von Zerfallsfaktoren zu sein, wäre unter diesem Ansatz eine Untersuchung von Handlungsspielräumen und Optionen histo-

rischer Akteure – metropolitaner Eliten ebenso wie peripherer gesellschaftlicher Gruppierungen.

Erlauben Sie mir noch einige Bemerkungen zu unserem Verständnis von Imperium als multiethnischem Machtraum, in dem eine Kerngesellschaft über mehrere kulturell und geographisch distinkte Peripheriegesellschaften effektive, aber nicht notwendig formelle, annähernd ausschließliche Kontrolle ausübt. Wie Sie sehen, wollen wir auf Gesellschaften abheben, nicht allein politische Eliten. »Mehrere« steht da, weil sonst die Tschechoslowakei ein Imperium gewesen wäre. »Nicht notwendig formelle« Kontrolle verweist darauf, dass wir die Existenz informeller Imperien anerkennen und berücksichtigen wollen, nicht zuletzt deswegen, weil dieser Ansatz ermöglicht, die Dekolonisation nicht als Zerfall, sondern als Transformation von Imperien zu verstehen. »Annähernd ausschließliche Kontrolle« dient dazu, Imperium von Hegemonie zu scheiden. Wir glauben, dass diese Arbeitsdefinition, die sich an einige der besten vergleichenden Strukturanalysen von Imperien anlehnt, die Vergleichbarkeit der uns in dem Projekt interessierenden Fallbeispiele herstellt und begründet, hoffentlich ohne zu spitzfindigen Begriffsdiskussionen einzuladen.

Dass wir uns bei der Auswahl unserer Vergleichsobjekte auf Weltmächte konzentrieren wollen, die zu erheblicher Machtprojektion auch jenseits der imperialen Grenzen fähig sind beziehungsweise waren, sei an dieser Stelle noch einmal erwähnt. Konkret werden uns in dem Projekt interessieren die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion, das britische Empire und das spanische Weltreich. Die Aktualität der Fragestellung, ob man die USA als Imperium verstehen kann, das gegenwärtig womöglich in einer Transformationskrise ist, bedarf wohl keiner Begründung. Die Vorgeschichte des Zerfalls der Sowjetunion als imperiale Krise zu verstehen, ist zumindest ein akzeptierter Interpretationsansatz, dessen Tiefen aber noch ausgelotet werden können und müssen, vor allem im Hinblick auf das Transformationsparadigma. Das britische und das spanische Weltreich haben zwei Dinge gemeinsam, nämlich dass sie zu ihrer Zeit das größte und mächtigste Imperium der Welt waren, und dass sie so lange existiert haben, dass sie wiederholt fundamentale Krisen überstehen mussten und überstanden haben. Sie sind daher ein dankbares Objekt für das Studium der Transformation durch Krisen wie für die wichtige Frage der Anpassungs- und Lernfähigkeit von Imperien.

Fragestellungen:

Wann und unter welchen Bedingungen werden Friktionen imperialer Machtausübung als Krise wahrgenommen? Wer hat die Definitionsmacht über die vitalen imperialen Interessen, deren Bedrohung Krise konstituiert?

Wie unterscheidet sich die Krisenwahrnehmung imperialer Eliten von der gesellschaftlichen Krisenwahrnehmung in Metropole und Peripherie?

Welche Unterschiede lassen sich zwischen der zeitgenössischen Krisenwahrnehmung und der historiographischen Zuschreibung feststellen?

Wer sind die Akteure der Krise in Metropole und Peripherie? Für welche neu auftretenden Akteure wird die Krise zum Möglichkeitsraum?

Claudia Weber *Krisen und Krisenwahrnehmung*

Meine Aufgabe ist es nun, Ihnen nahezubringen, was wir unter dem Begriff der Krise verstehen und wie wir ihn als Analysekategorie einsetzen wollen, um Transformationsprozesse imperialer Herrschaft historisch und mit durchaus vergleichendem Blick zu beschreiben. Dabei ist uns wichtig, Krisen imperialer Herrschaft nicht teleologisch mit Niedergangsnarrativen zu verknüpfen. Begriffe wie Niedergang, Auflösung oder Untergang beschreiben grundsätzlich keine Krisen, sondern Katastrophen, wenn Sie das lateinische Wort »catastrophā« zugrunde legen. Und Krisen führen nicht zwangsläufig in die Katastrophe. Diesen Negativverlauf einer »entscheidenden Wendung« – einer Krise – retrospektiv in die Geschichte einzuschreiben, halten wir schlichtweg für einen Fehler, der dem trügerischen Privileg folgt, dass Historiker den Ausgang der Geschichte kennen. (Als Beispiel seien die laufenden Diskussionen um das Ende der Sowjetunion genannt: Ideologisch überfrachtet, wird die Ursache für die Auflösung der Sowjetunion oft im System gesucht, das, wie dann behauptet wird, von Beginn an zum Untergang verdammt gewesen sei.) Im Wissen um diese historische Erkenntnis eher verhindernde Beschränkung möchten wir im ersten Panel auch die Unterschiede zwischen der Krisenwahrnehmung der Zeitgenossen und der historiographischen Zuschreibung diskutieren.

Aber zurück zu unserem Krisenbegriff: Wir hinterfragen absichtlich Katastrophenszenarien, und ich möchte behaupten, dass wir nicht einmal mit der Krise beginnen werden, sondern vorher einsetzen. »Vorher« meint damit nicht die Suche nach einem Ausgangspunkt oder zeitlich fixierbaren Beginn; eine Suche, die uns wohl wieder in das oben beschriebene Dilemma führen würde. Vielmehr geht es um die von dem US-amerikanischen Wirtschafts- und Krisenmanager Steven Fink einmal so genannte »prodromal situation« – eine vorausgehende Situation, in der komplexe Warnsignale sichtbar werden. Wir möchten mit Ihnen die Bedingungen diskutieren, unter denen Friktionen imperialer Machtausübung auftauchen, die als Krise wahrgenommen werden können. Die Voraussetzung von Warnsignalen, die Frage nach den Bedingungen für ihr Sichtbarwerden und die Frage nach der Deutungsmacht über »bedrohte imperiale Interessen« unterstreichen unseren multiperspektivischen und ergebnisoffenen Ansatz. Uns geht es darum, Friktionen imperialer Machtausübung zu erkennen, die jenen Aushandlungsprozess bedingen, der imperiale Herrschaftskrisen be-

schreibt. Wir verstehen unter Krise die fundamentale Infragestellung der Machtprojektionsfähigkeit und/oder der Struktur eines Imperiums. Diese Infragestellung kann existenzbedrohend sein, muss aber nicht zwangsläufig in die vermeintliche Katastrophe – das Ende des Imperiums – führen. Wobei die Frage nach dem Ende ohnehin schwer zu beantworten ist. Rein formal wurde die Sowjetunion mit der Alma-Ata-Erklärung vom 21. Dezember 1991 aufgelöst. Und dennoch handelte es sich dabei wohl eher um eine Transformation Russlands und einiger Nachfolgerepubliken in die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, GUS.

Lassen Sie mich an dieser Stelle darauf hinweisen, dass wir die Rede von der Krise als umfassende Infragestellung der Fähigkeit begreifen, imperiale Macht zu projizieren und als eine Situation imperialer Aushandlungsprozesse, freilich nicht im Sinne ohnehin idealtypischer Verständigung in demokratisch verfassten Gesellschaften. Darum kann es uns nicht gehen. Unser Verständnis imperialer Krisen als Verlust von Machtprojektion und Machtstruktur schließt per se Gewalt und Gewaltakteure auf mindestens zwei Seiten, der imperialen Elite und der imperialen Gesellschaft, ein. Dem voraus geht jedoch die Annahme, dass sich die Krisenwahrnehmung der Eliten von der gesellschaftlichen Krisenwahrnehmung in Metropole und Peripherie unterscheidet. Wir möchten mit Ihnen die Rolle unterschiedlicher Akteure der Krise (Gewaltakteure, politische Akteure) in Metropole und Peripherie diskutieren und fragen, für welche Akteure die Krise zum Möglichkeitsraum wird. Vor dem Hintergrund komplexer, durchaus konfligierender Wahrnehmungen und Erwartungen verstehen wir die Neuaushandlung des imperialen Projektes als eine »Exit Option« imperialer Herrschaft in der Krise.

Im Rahmen des Workshops interessieren uns drei Handlungsoptionen – drei »Exit Options« –, deren Erfolg oder Misserfolg die Adaptions- und Überlebensfähigkeit von Imperien definiert. In der zweiten Sektion wird es um die nähere Betrachtung imperialer Aushandlungs- und Neuaushandlungsprozesse gehen, wobei wir nach der Existenz und Transformierbarkeit »imperialer Integrations- oder Identifikationsangebote« fragen. Die dritte Sektion behandelt die Transformation politischer Herrschaftspraxis als eine »Exit Option«. Wir möchten verschiedene Möglichkeiten politischer Systemtransformation skizzieren, die zur Auflösung oder zur Stabilisierung eines Imperiums führen können. Beharren imperiale Eliten auf der starren Aufrechterhaltung von Herrschaft, auch um den Preis des Kollapses imperialer Positionen, oder lassen sie eine partielle Transformation imperialer Herrschaft zugunsten der Stabilisierung zu? Sind Eliten mithin fähig, die Krise als Chance für die Erneuerung des Imperiums zu betrachten? Eine dritte »Exit Option«, die wir in der letzten Sektion näher betrachten, ist der Rückgriff auf Gewalt. Dabei geht es uns um Gewalt als Krisenmoment und Handlungsoption. Unter welchen Bedingungen greifen imperiale Eliten auf Gewalt zurück und wie verhalten sich die Institutionen und Apparate der Gewalt? Auch hier wollen wir neben den imperialen Institutionen die Gewaltapparate der Peripherie und gesellschaftlicher Akteure in den Blick nehmen. Im ersten Panel aber laden wir Sie dazu ein, mit uns über die Friktionen imperialer Machtausübung, über Krisenwahrnehmungen und eben Möglichkeitsräume zu diskutieren.

In der Diskussion zeigte sich eine Reihe von Bedenken an dem Krisenbegriff, wie er von den Veranstaltern vorgeschlagen wurde: Diese verstanden imperiale Herrschaftskrisen als »fundamentale Infragestellung der Machtprojektionsfähigkeit, der Struktur oder gar der Existenz des Imperiums«. Für einige Imperien, wie etwa das Osmanische Reich, schien jedoch der Zustand der Krise permanent, ja sogar prägend zu sein. In anderen Fällen wurden dagegen Ereignisse – wie etwa der Verlust der nordamerikanischen Kolonien – von den Zeitgenossen als Katastrophe und nicht als Krise empfunden. Erst der Triumphalismus britischer Historiker (de)konstruierte sie später zur Krise, aus der das Empire gestärkt hervorging. Ähnliche Probleme ließen sich in Edmund Burkes zeitgenössischer Darstellung der »Katastrophe« in Irland finden. Auch waren solche nachträglichen Bewertungen nicht immer kohärent: Als Beispiele wurden die kontrastierenden historiographischen Beurteilungen der russischen »Großkrise« infolge der Aufstände in Zentralasien und die Sepoy-Rebellion in Indien genannt. Ebenso gab es Kritik an den analytischen Schwächen des Krisenbegriffs als Teil einer »Sprache der Moderne«: Krisen würden ausgerufen und behauptet; sie würden produziert. Auch haften dem Begriff der Krise etwas Inflationäres an. So wie es Diskrepanzen in der zeitgenössischen und historiographischen Wahrnehmung der Krise gegeben habe, gestaltete sich auch die Unterscheidung zwischen innerer und äußerer Krisenwahrnehmung als schwierig. So sei die Sowjetunion von außen betrachtet eine »Krisenmeisterin« gewesen, von innen heraus wurden solche Krisen jedoch nicht unbedingt als Krisen wahrgenommen. In diesem Kontext ließe sich sogar behaupten, dass die Sowjetunion erst im Moment des Zur-Ruhe-Kommens (unter Leonid Breschnew) ein inneres Krisenbewusstsein entwickelte – ebenso wie es Gorbatschows Öffnung des »Dampfkochtopfes« war, die eine fundamentale innere Krise herbeiführte.

Auf Grundlage dieser kritischen Anmerkungen kamen in der Diskussion mehrere Lösungsansätze zur Sprache. Die imperiale Herrschaftskrise habe den Charakter einer »Ruptur« oder einer »historischen Strukturveränderung«. Folglich müsse sie von einem zu modernen oder inflationär gebrauchten Krisenbegriff unterschieden werden. Auch könne sie unter diesen Vorzeichen nicht mehr auf Imperien in Dauerkrisen angewandt werden. Bei der zuvor angesprochenen inneren Krisenwahrnehmung sei es indes entscheidend, zwischen den alltäglichen Problemen der imperialen Gesellschaft (wie dem »Schlangenstehen« in der Sowjetunion) und einer tatsächlichen Krise der Imperiums zu differenzieren. Insbesondere auf Feldern wie der Fiskalpolitik, so wurde angemerkt, sei es leicht, den Krisenbegriff zu überdehnen. Die Krise werde dann »herbeigeredet«, gerade weil sie im Kontrast zur überwiegenden Stabilität in anderen Bereichen stehe. Insgesamt müsse eine Krise als Zuspitzung verstanden werden und sei insofern von den latenten Strukturproblemen eines Imperiums zu unterscheiden. Der Krisenbegriff erscheine für jene Momente am brauchbarsten, in denen die Grenzen der Leistungskraft eines Imperiums anhand eines Falles getestet werden, der bis dato niemals eingetreten war.

Ein paralleler Denkansatz führte zur Theorie der »Opportunity Structures« als Erklärungsmodell: Sie seien eine Folge von Krisensituationen, die Impe-

rien in eine Katastrophe oder einen Transformationsprozess führten. Als ein Beispiel für auf diese Weise entstehende Opportunitätsstrukturen wurden die Verschuldung der britischen Krone nach dem Siebenjährigen Krieg in Kombination mit neuen europäischen Allianzen und der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung genannt. Ebenso sei an das Dreiecksgefüge des Zusammenbruchs der russischen Herrschereliten im Zarenreich mit dem Ersten Weltkrieg und der Arbeiterbewegung zu denken. Eine ähnlich »opportune« Situation habe sich in Spanien nach der Okkupation durch Napoleon in Zusammenhang mit leeren Staatskassen und der inneren Spaltung in Liberale und Traditionalisten ergeben. Auch liege es in der Natur von Großkrisen, dass mehrere Krisen einander überlagerten und ineinander übergingen. Als Beispiel dafür wurde die britische »Doppelkrise« von 1947 angeführt: Eine monetäre Krise wurde durch die massiven sicherheitspolitischen Probleme im Mittelmeerraum verstärkt. In allen Fällen stellt sich das Problem der zeitgenössischen Thematisierung: Wann wird ein Ereignis oder eine Verkettung von Ereignissen als Verlust, als Herausforderung oder als Chance begriffen? Wie werden die Möglichkeiten des »Gegensteuerns« und mithin die eigenen Handlungsressourcen beurteilt?

Ein weiterer Fokus der Diskussion lag auf der Rolle der unterschiedlichen Akteure in imperialen Krisen und dem Verhältnis von Metropole und Peripherie. Konsens war, in solchen Situationsanalysen zu berücksichtigen, dass es starke Gegensätze zwischen den Krisenwahrnehmungen der metropolitanen Elite und der Bewohner der Peripherie gibt. Dies gilt auch für die divergierende Krisenwahrnehmung unterschiedlicher sozialer Schichten. Beides ist umso wichtiger, als Krisen kommuniziert werden und nicht allein auf Basis harter (ökonomischer oder militärischer) Fakten entstehen. Gerade in diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, welche Begriffe und Semantiken von den Zeitgenossen verwendet wurden. Auch innerhalb eines Zeithorizontes bleibt zwischen scharfsichtigen und weniger kompetenten Beobachtern zu unterscheiden, zwischen Zeitgenossen, die Warnsignale über die Maßen dramatisieren, banalisieren oder überhaupt nicht zur Kenntnis nehmen – eine Herausforderung für den Historiker bei seiner Suche nach relevanten Quellen. Historische Beispiele, in denen die Eliten der Metropole derartig präokkupiert waren, dass die imperiale Bewusstseinskrise erst deutlich verspätet nach der realen Krise einsetzte, lassen sich in mehrfacher Form finden: So setzte etwa die seit der französischen Besatzung fortschreitende Imperialkrise Spaniens im Bewusstsein der spanischen Eliten erst nach dem Verlust Kubas und Puerto Ricos um 1900 ein. Ebenso ist zu beachten, wer das Imperium im Sinne der Krisendefinition »in Frage stellt«. Gemeint ist hier nicht nur der Unterschied zwischen stimmlosen *subalterns* und imperialen oder indigenen Eliten, sondern auch ein scheinbares Paradox: Der archetypische Hilferuf an die Metropole, der ergeht, wenn die Exekutivorgane der Peripherie Probleme nicht mehr bewältigen können, ist nicht unbedingt als Gefährdung, sondern potentiell als Affirmation der imperialen Herrschaft zu verstehen. Auch wird das Imperium häufig dort hinterfragt, wo die Metropole gar nicht mehr wirkmächtig ist. Offenbar ist die

dichotomische Gegenüberstellung von Peripherie und Metropole im Kontext der Krise nicht immer sinnvoll – insbesondere dann nicht, wenn gar nicht mehr über die Metropole interagiert wird. Innerhalb eines Imperiums gibt es »Inseln der Herrschaft«, in denen der Grad an Integration stark variiert.

Auf diesem weniger rigiden, wandelbareren Modell eines Imperiums aufbauend, ergab sich eine weitere Kernfrage für die Diskussion: In welchen Situationen konstituiert eine Krise tatsächlich einen radikalen Bruch und folglich das Ende eines Imperiums, und in welchen Situationen mündet die Krise in einen Transformationsprozess, der dem Imperium zwar eine neue Struktur verleiht, aber Kontinuitäten erlaubt? Diskutanten warnten vor der Gefahr der Beliebigkeit, die darin bestünde, in jedem Resultat einer fundamentalen Krise einen Transformationsprozess zu sehen. Es habe durchaus radikale Brüche als Endpunkt eines Imperiums gegeben – etwa den Untergang des Zarenreiches. Gleichwohl sei zu fragen, ob die Krise an den Rändern des Imperiums permanent sei und man sie als Teil einer expansiven Grundstruktur des Imperiums verstehen müsse. Die eine Seite bejahte dies und betonte, das Imperium lebe vom Wachstum. Könne es nicht mehr expandieren, beginne es zu implodieren. Auseinandersetzungen richteten sich dann nach innen, wie es etwa in England nach dem Hundertjährigen Krieg zu beobachten war. Die andere Seite argumentierte, gerade dies habe in der Vergangenheit dem teleologischen Narrativ vom Aufstieg und Fall der Imperien Vorschub geleistet. Tatsächlich aber seien Imperien von Stagnation geprägt. Insgesamt bestand Einigkeit darüber, dass die Vorstellung vom Ende eines Imperiums näher zu spezifizieren sei: Ist das Ende eines Imperiums an seinen Namen, sein Territorium oder seine Eliten geknüpft? Auch wurde gefordert, gezielt nach Kontinuitäten zu fragen, anstatt der Krise von vornherein einen transformierenden Charakter zuzuschreiben.

Insgesamt wurde der heuristische Wert des Krisenbegriffs unterstrichen. Begreife man Politik als Mittel und Medium zur Moderation von Konflikten, so sei die Krise jener Moment, in dem Handlungsressourcen schwinden oder aufgebraucht wurden. So gesehen beschreibt »Krise« einen Zustand, in dem herkömmliche Formen der Machtausübung nicht mehr funktionieren und tradierte politische Mechanismen an ihre Grenzen stoßen. Die Suche nach neuen Modalitäten zur Konfliktmoderation erscheint unter diesen Voraussetzungen unausweichlich – verbunden mit der Frage, wer neue Handlungsressourcen definiert. Im Grunde ist von einer historisch offenen Situation die Rede, von einer Konstellation mit unentschiedener Definitionsmacht über das Geschehen. Abschließend wurde jedoch darauf hingewiesen, dass auch die Analyse der Normalsituation von Imperien Integrationskraft und Integrationsschwächen zeige. Ferner müsse man bei der Untersuchung von Krisen zwischen den verschiedenen Subtypen von Imperien differenzieren und dürfe sich nicht von »Referenzimperien« – wie dem britischen Empire – leiten lassen, die jeweils individuelle Besonderheiten aufweisen. Zudem wurde deutlich angemahnt, sich den Konflikt zwischen der wissenden Position des Historikers und dem begrenzten Horizont der Akteure vor Augen zu halten. Es gelte, die Perception der Zeitgenossen zu stärken, ohne dabei suggestiv vorzutäuschen, den Ausgang von Krisen nicht zu kennen.

Welche Rolle spielen »imperiale Projekte« (im Sinne gesamtimperialer gesellschaftlicher Integrations- oder Identifikationsangebote) für die Krisenstabilität oder Krisenanfälligkeit von Imperien?

Wie verändert sich in der Krise die Bindungskraft gesellschaftlicher Zugehörigkeitskonstruktionen (Selbst- und Fremdwahrnehmung) zum Imperium in Metropole und Peripherie?

Inwiefern bestimmt die politische Neuaushandlung »imperialer Projekte« und gesellschaftlicher Zugehörigkeitskonstruktionen Verlauf und Ausgang imperialer Krisen? Wer sind die Akteure und wer die Profiteure solcher Aushandlungsprozesse?

Welche emotionalen Ressourcen (zum Beispiel Religion) unterstützen die Selbstmobilisierung gesellschaftlicher Akteure während solcher Aushandlungsprozesse?

Unter welchen Bedingungen entstehen in solchen Prozessen gesellschaftliche Dynamiken, die die Zugehörigkeit zum Imperium in Frage stellen?

Dierk Walter *Imperiale Aushandlungsprozesse*

Imperium als monolithische Zwangsstruktur zu verstehen, die sich historisch primär aus dem Handeln der Zentrale erklärt, wäre kurzfristig. Zwangsgewalt allein kann ein Imperium selten konstituieren und sicher nicht dauerhaft zusammenhalten; das dürfte offensichtlich sein angesichts der schier unendlichen Ausdehnung und Bevölkerungszahl moderner Imperien wie des britischen, das um 1930 ein Viertel der Erdoberfläche umfasste und ein Viertel der Weltbevölkerung einschloss. Dieses Weltreich konnte der Mittelstaat Großbritannien nur so lange kontrollieren, wie die indische Gesellschaft zumindest mehrheitlich kooperierte – ich sage »die indische« nicht allein, weil Indien der mit Abstand größte Bestandteil des Empire war in vieler Hinsicht seine eigentlich Existenzberechtigung, sondern auch, weil die indische Armee die Erzwingungsgewalt des Imperiums zumindest östlich von Suez zur Verfügung stellte. Als die Kollaboration in Indien zusammenbrach, musste sich das Imperium insgesamt transformieren.

Imperium ist also nicht allein eine Herrschaftsbeziehung zwischen Gesellschaften, wie unsere knappe Arbeitsdefinition vorschlägt; Imperium ist vor allem ein System sozialer Interaktion innerhalb von Gesellschaften. Und das ist der Kerngedanke dieser Sektion. Imperium findet, würden wir behaupten, vor allem an der Peripherie statt: Dort entscheidet sich, wer zum Imperium gehört und welche Balance von Eigeninteresse, Schutzbedürfnis und Einflussnahme der Zentrale gesellschaftliche Gruppen dazu motiviert, zum Imperium zu gehören. Das soll nicht etwa heißen, dass Imperium zwangsfrei abläuft. Imperium ist kein Interessenverein, in den man nach freiem Willen ein- und wieder austreten kann. Aber Imperium ist andererseits auch nicht vorstellbar ohne das Eigeninteresse zumindest relevanter Teile der Peripheriegesellschaften. Um den simpelsten Fall zu nehmen: »Divide et impera« bedeutet im imperialen Kontext vor allem, dass die Zentrale ein Bündnis mit bestimmten ethnischen oder sozialen Gruppen an der Peripherie schließt, um andere Gruppen zu be-

herrschen. Die peripheren Bündnispartner sind in diesem Spiel keine Opfer. Sie verbessern ihre politische oder gesellschaftliche Position durch die Allianz mit der Imperialmacht. Und die Imperialmacht ist nicht der Marionettenspieler, der die Bündnispartner manipuliert; sie stärkt ihre an sich oft unsichere Macht vor Ort durch die Kooperation mit Teilen der Peripheriegesellschaft. Beide Partner profitieren – und das ist der simpelste Fall. Die Realität ist oft viel komplexer, besteht aus Zirkeln und Ketten gesellschaftlicher Kooperation, einem Geflecht von Interessenkonvergenzen, Interessenkonflikten und Interessenabgleich, in dem die imperialen Autoritäten an der Peripherie allenfalls das Zünglein an der Waage sind.

Dieses Verständnis kennzeichnet imperiale Herrschaft als grundsätzlich volatil und potenziell fragil. Sie basiert im Alltag auf gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen, selbstverständlich auch in der Metropole – wer trägt die Idee vom Imperium, worin besteht sie, welche Vorstellungen treten in Konkurrenz dazu, welche setzen sich durch? –, aber vor allem an der Peripherie. Dort bildet sich das gesellschaftliche Interessengeflecht, das imperiale Herrschaft im Alltag trägt; und dort können sich gesellschaftliche Dynamiken herausbilden, die diese Herrschaft unterminieren und die Zugehörigkeit zum Imperium in Frage stellen. Unter welchen Bedingungen geschieht das? Das ist eine zentrale Frage an diese Sektion.

Wir glauben, und wir möchten Ihnen zur Diskussion vorschlagen, dass dabei neben der sozialen Dynamik an der Peripherie das »imperiale Projekt« der Zentrale eine große Rolle spielt, ja, dass es diese Dynamik wesentlich mit beeinflusst. Was meinen wir mit »imperiales Projekt«? Kurz gesagt, die Funktionslogik und das legitimatorische Arsenal des Imperiums: Welche Idee es trägt, wie es seine Dominanz über die Peripherien motiviert und in welcher Weise es sie einbindet. Macht dieses imperiale Projekt den Gesellschaften an der Peripherie ein ernsthaftes Integrationsangebot? Den Gesellschaften insgesamt, oder werden Teile integriert und andere ausgeschlossen? Welche Dimensionen – wirtschaftlich, kulturell, gesellschaftlich, politisch – hat dieses Integrationsangebot? Gibt es Ideologien, Symbole, Identitäten, die das Imperium zusammenhalten? Kann man Teil des Imperiums werden, indem man sich zu einer sinnstiftenden Idee bekennt? Gibt es Tendenzen in Richtung einer überkulturellen, gesamtimperialen Gesellschaftsordnung, die zur imperialen, also hierarchischen Herrschaftsbeziehung in Konkurrenz tritt? Das alte Rom kannte solche Integrationsmechanismen und in gewissem Maße das imperiale Frankreich Napoleons. Imperien der jüngsten Geschichte – die Sowjetunion vielleicht ausgenommen – scheinen vor integrativen Projekten eher zurückgeschreckt zu sein und sie bestenfalls für eng umgrenzte Eliten reserviert zu haben.

Letzte und wichtigste Frage, oder wichtigster Fragenkomplex, für diese Sektion: Wie verhalten und wie verändern sich »imperiales Projekt« und gesellschaftliche Dynamik an der Peripherie unter Bedingungen der imperialen Krise? Hier sind wir unseres Wissens teilweise auf historischem Neuland – zumindest mit der vergleichenden Fragestellung. Man könnte naheliegenderweise vermuten, dass ein weniger integratives imperiales Projekt in der Krise

die Entstehung alternativer Ordnungsvorstellungen begünstigt und soziopolitische Gruppen stärkt, die die Zugehörigkeit zum Imperium in Frage stellen. Das scheint in der dritten Dekolonisation der maritimen Reiche passiert zu sein. Hier wäre diese Dynamik genauer zu untersuchen, speziell zu fragen, welche alternativen sinnstiftenden Ideen zum imperialen Projekt erfolgreich in Konkurrenz treten, und unter welchen Bedingungen sie gesellschaftliche Wirkungskraft gewinnen und Mehrheitsbevölkerungen für die Abkehr vom Imperium mobilisieren.

Andererseits, und das interessiert uns womöglich noch mehr, kann doch die Krise zur Neuverhandlung des imperialen Projekts führen. Wenn die Position der Zentrale geschwächt ist, weil ihr die Machtmittel knapp werden, wenn sie in stärkerem Maße auf die Peripherien zugreifen muss, wenn wir mit Steuern oder Militärrekrutierung, wenn anderswo noch essentiellere Machtpositionen bedroht sind, kann das Imperium doch vielleicht geneigt sein, für die fortdauernde Einbindung der Peripherien, oder jedenfalls einzelner Peripherien, einen Preis zu zahlen, der zum Beispiel in verbesserter Integration bestehen kann – oder in mehr Autonomie. Vielleicht kann man als Beispiel hier an den österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867 denken. Diese Verhandlungsbereitschaft des Imperiums eröffnet untersuchenswerte Handlungsspielräume für soziopolitische Gruppen an der Peripherie, die das »imperiale Projekt« vielleicht dauerhaft verändern können.

In letzter Instanz müssen wir wohl nicht einmal nur von äußeren Krisen ausgehen, die auf periphere Zugehörigkeit und imperiale Integrationsangebote zurückwirken. Ebenso gut können doch umgekehrt gesellschaftliche Dynamiken an der Peripherie oder Veränderungen des politischen Klimas in der Metropole dazu führen, dass das »imperiale Projekt« revidiert oder insgesamt in Frage gestellt wird. Wenn sich solche Prozesse krisenhaft zuspitzen, könnte eine imperiale Krise genuin aus den Lebensbedingungen der imperialen Herrschaftsstruktur hervorgehen, das Imperium kraft seiner eigenen Funktionslogik sich in Frage stellen.

Das ist in nuce das, was uns in dieser Sektion am meisten interessiert – die Wechselwirkung zwischen gesellschaftlicher Dynamiken an der Peripherie, »imperialen Projekten« in der Metropole und dem Verlauf von Krisen. Letztlich wäre die vergleichende Fragestellung diese: Welche gesellschaftlichen Strukturen, welche Funktionslogiken, welche Integrationsfaktoren machen ein Imperium krisenanfällig – oder krisenstabil?

Protokoll

Die Diskussion konzentrierte sich auf zwei Aspekte: die Frage nach der Realität, Greifbarkeit und Instrumentalisierung eines »imperialen Projekts« und die Problematik des Machtgefälles, das die inkludierende Dimension von Aushandlungsprozessen in Frage stellt. Beide Problemstellungen kreuzten sich mehrfach im Verlauf der Diskussion.

Das »imperiale Projekt«, so wurde geltend gemacht, sei eine bloße Chimäre. Imperien entstünden nicht als ein Projekt, sondern auf der Basis materieller Interessen und Karriereinteressen. Projekte würden nachträglich erfunden. Be-

sonders deutlich habe sich dies in Indien gezeigt, wo britische Repräsentanten erst nach der Eroberung des Subkontinents begannen, über eine zielführende Rahmung ihrer Herrschaft nachzudenken. Durch das gesamte 19. Jahrhundert verlief deshalb der Streit zwischen den Verfechtern einer *civilizing mission* und jenen, die die bestehende indische Gesellschaft konservieren und stützen wollten. Das Resultat sei eine Zickzackpolitik, jedoch kein »imperiales Projekt« gewesen. Das vermeintliche, seit Erfindung des Jingoismus ausgerufenen »imperialen Projekt«, einen möglichst großen Teil der Weltkarte »rot zu färben«, sei als reine Propaganda zu verstehen. In Wirklichkeit ging es sowohl für die Metropole als auch für die lokalen Herrscher niemals um abstrakte »Projekte«, sondern stets um greifbare Interessen. So kooperierten beispielsweise indigene Eliten mit Handelskompanien, um sich gegen rivalisierende Fürsten zu schützen. Die interessantere Frage sei dementsprechend, weshalb einige Fraktionen an der Peripherie die Kooperation verweigerten.

Dieses zentrale Argument wurde bekräftigt und ergänzt, zum Teil aber auch relativiert. Das Konzept des »imperialen Projekts« sei in der Tat zu eurozentrisch gedacht; tatsächlich habe man lediglich an die lokalen Verhältnisse ange dockt und sie für die Imperialmacht nutzbar gemacht. Andererseits sei beispielsweise die französische Zivilisierungsmission nicht als bloße Propaganda zu verstehen. Das Materielle sei von anderen Aspekten schon deshalb nicht trennscharf unterscheidbar, weil die Franzosen ihr Verwaltungspersonal wegen latenten Personalmangels aus indigenen Gesellschaften rekrutieren mussten. Auch einige andere historische Imperien, wie etwa das Erste Islamische Kalifat, seien ohne Zweifel durch projekthafte Züge charakterisiert. Zusätzlich wurde angemerkt, dass mit dem Begriff des »imperialen Projekts« jene Gestalt gemeint sei, die ein Imperium *nach* seiner Entstehung annimmt. Insofern bezeichnet der Begriff auch symbolische Aufladungen im Dienste der Machtkonsolidierung nach innen.

Die Kategorie des Aushandlungsprozesses wurde vor allem wegen ihrer normativ-demokratischen Konnotation kritisiert. Aushandlungsprozesse setzten nach verbreiteter Auffassung einen rechtlichen Rahmen voraus, den es in den Imperien faktisch nicht gegeben habe. Statt Aushandlungen sei die Beantwortung von Machtfragen zentral gewesen, um Herrschaft »an den Ort zu bringen«. Entscheidend sei das Phänomen der Anerkennung, die häufig einen Machtmediator erforderte. Dessen Loyalität könne man erzeugen oder auch erzwingen. So wurden lokale Eliten beispielsweise in eine Situation gebracht, in der sie sich zum Feind ihrer eigenen Bauern machten. Eine solche Konstellation habe mit Aushandlung nichts zu tun. Im Übrigen sei unklar, wie die Kategorie der Rasse im Licht des Aushandlungsbegriffs zu verstehen sei: Wer wurde überhaupt als akzeptabler Verhandlungspartner wahrgenommen? In Kolonien wie Kenia verhandelte die Metropole mit der weißen Bevölkerung, nicht mit der afrikanischen Mehrheitsbevölkerung – von einem Aushandlungsprozess mit »Indigenen« könne man hier also nicht ausgehen. Mehrere Teilnehmer sprachen sich für die Tilgung eines »zu idealistischen« Aushandlungsbegriffs aus.

Im Gegenzug wurde jedoch eingewandt, dass der Terminus der »Aushandlung« durchaus nicht festschreiben, es dürfe kein Machtgefälle zwischen den jeweiligen Verhandlungspartnern geben. Auch stellte sich die Frage, ob ein alternativer Begriff wie »Kollaboration« mit seiner Konnotation von Verrat glücklich gewählt sei. Robinsons Erkenntnis (»collaborateurs are essential«) sei zwar insofern kaum zu bestreiten, als kein Imperium allein mit seinen metropolitanen Truppen weite koloniale Territorien beherrschen konnte, doch waren die kooperierenden »indigenen« Eliten häufig selbst ursprüngliche Invasoren, die an Ausbeutung interessiert waren – so etwa die Hausa in Nigeria. Man solle sie besser als »partners in imperial rule« verstehen, woraus sich ergibt, dass Aushandlung durchaus stattgefunden habe. In Indien seien Verträge mit Säcken voller Edelsteine ausgehandelt worden, auch habe es »Sprachrohr« und indigene Einfluss nehmende Akteure – etwa indische Söldner in der EIC – gegeben. Es wurde festgehalten, dass eine solche Form von Aushandlungsprozessen vor allem zwischen Eliten stattfand. Forschungsbedarf besteht offensichtlich hinsichtlich der Form und Dynamik solcher Prozesse: Warum kooperieren bestimmte Eliten, warum verweigern sich andere? Wie werden »Kollaborateure« rekrutiert, eingebunden und belohnt, welche Sanktionen treten im Falle abweichenden Verhaltens in Kraft? Kaum erforscht sei dagegen die Rolle der Verlierer in solchen Prozessen, etwa der ehemaligen Sklaven in Iberoamerika oder – in breiterer Perspektive – der Unterschichten der jeweiligen Gesellschaften. Um auch die *agency* dieser Akteure zu erfassen, wurde der Begriff der »Mikropartizipation« vorgeschlagen: Selbst vermeintlich ohnmächtige Kollaborateure verfügten über Wahlmöglichkeiten. Sie konnten kooperieren, sabotieren, manipulieren und konterkarieren. Deshalb sei die Vorstellung von einem einleisigen Patronagesystem nicht sinnvoll, vielmehr müssten Disloyalitäten im kolonialen Kontext stets berücksichtigt werden. Einigkeit herrschte darüber, dass zwischen den Imperialherren und den indigenen Bevölkerungen mehr an Interaktion stattfand als ein reines Befehlen und Gehorchen.

Die Diskussionen zum imperialen Projekt und zur Bedeutung von Aushandlungsprozessen liefen an mehreren Punkten zusammen. Einer davon betraf die Schlussfolgerungen zur Integrationsleistung von Imperien. Mehrere Teilnehmer verwiesen auf ein bemerkenswertes Phänomen: Häufig funktionierte imperiale Herrschaft in der Peripherie nur so lange, wie Integrationsmaßnahmen ausblieben oder nicht griffen. Besonders deutlich wurde dieser Sachverhalt an Beispielen aus dem spanischen und dem sowjetischen Imperium. Im spanischen Imperium fühlten sich Peripheriegesellschaften gerade deshalb wohl, weil die spanischen Integrationsmittel versagten – imperiale Eliten führten hier die Krise herbei, indem sie das Imperium besser funktionieren lassen wollten. Ähnlich löste Gorbatschow im sowjetischen Imperium die Krise aus, als er begann, Klienten zu untersagen, nationalistisch zu agieren. Auch führte zunehmende Integration und die Mobilisierung von »emotionalen Ressourcen« dazu, dass lokale Bevölkerungen ein höheres Maß an Beteiligung und Statusanpassungen forderten. Derartige Ansprüche erwiesen sich beispielsweise im spanischen Fall als eine sehr starke Triebkraft, zumal die

amerikanischen Spanier auf Kuba, die Teil der Nation werden wollten, ihre Forderungen mit dem potentiellen Hegemonialherren der USA im Hintergrund geltend machten. In Indien zeigt sich ein verwandter Fall, als die europäisierte intellektuelle Elite den Nationalkongress gründete und erweiterte Selbstbestimmungsrechte einklagte. Insofern ist die Geschichte der europäischen Expansion auch eine Geschichte ungewollter Nebeneffekte; denn je besser die Integrationsleistungen des Imperiums waren, desto instabiler wurde diesem Argument zufolge auf lange Sicht sein Gefüge. Das Imperium trug »the seeds of its own destruction« in sich. Deshalb wandten sich funktionierende Imperien von überzogenen Integrationsforderungen (die etwa den Verrat indigener Eliten an ihren »eigenen Leuten« zur Voraussetzung hatten) rechtzeitig ab.

Im Verlauf der Diskussion wurde mehrfach angemahnt, eine zu starre Vorstellung davon, was ein Imperium sei, zu verabschieden. In ihrer politischen Geographie seien Imperien keineswegs Festkörper, vielmehr Kompositgebilde und Vermischungen aus formellem und informellem Imperialismus. Zum Teil überlebten sie gerade wegen ihrer Flexibilität (wie das britische Empire) und wegen ihrer inneren Diversität – und nicht wegen einigender »imperialer Projekte«. Häufig stellte lediglich die Krone das einigende Merkmal dar. Je republikanischer Imperien verfasst waren und je mehr Partizipation eingefordert wurde, desto größer fiel ihre Instabilität aus. Die Problematik der in Anschlag gebrachten Begriffe, so wandte ein Teilnehmer ein, liege unter Umständen gerade darin, dass sie für eine angemessene Beschreibung von Imperien zu trennscharf seien. Das gleiche Problem habe sich bereits an den Begriffen von Metropole und Peripherie gezeigt. Man müsse sich vor begrifflichen Polarisierungen dieser Art hüten. Imperien seien in Wahrheit »gefleckte, zusammengeworfene Gebilde«. Während die Musik im Zentrum spielte, konnten sich Entscheidungen mitunter durch Korridore der Kommunikation (die als Element der Machtdiffusion zu verstehen sind) im Extremfall bis an die äußeren Grenzen verschieben. Der Historiker müsse eine Chaotisierung des Vorstellungsapparates erlauben und ein Moment der Urwüchsigkeit im Imperium erkennen. Auch wurde dafür plädiert, das Imperium als ein Beziehungsgeflecht von Herrschaft aufzufassen, bei dem die Verwaltungseliten nicht allein nach London, sondern auch »von Ort zu Ort« – von Kalkutta nach Kairo – schauten. Indem Diversität bei der Betrachtung von Imperien zugelassen werde, seien nicht nur die Unterschiede zwischen den einzelnen Imperien besser zu erfassen, sondern auch eine stärkere Berücksichtigung der Vernetzung und »interimperialen« Beziehungen mit anderen Großreichen möglich. Zu den Begriffen der »Aushandlung« und des »imperialen Projekts« wurde abschließend festgehalten, dass jeder Terminus eine eigene Karriere besitzt. Von Aushandlungsprozess sei berechtigterweise zu reden, um jenen Moment zu erfassen, in dem sich starre Konfrontationen im politischen Raum auflösten und also zu fragen ist: Wer tritt als Verhandlungspartner auf, aus welchen Gründen, mit welchem Ziel und mit welchem Durchsetzungsvermögen? Was wird dabei auf welche Weise verhandelt? Der Begriff des »imperialen Projekts« eigne sich insbesondere dazu, jene kulturell-ideologischen Elemente zu identifizieren und zu erfassen, die den meisten Imperien innewohnen.

Welche Optionen politischer Transformation stehen den Akteuren zur Verfügung?

Gelingt es imperialen Eliten, über bloßes Reagieren auf Krisenphänomene hinaus, die Krise als Chance zur Transformation imperialer Herrschaft zu begreifen?

Inwiefern basiert die Transformation politischer Machtausübung auf einer Güterabwägung zwischen essentiellen und peripheren imperialen Positionen?

Sind imperiale Eliten fähig, aus Verlufterfahrungen längerfristig wirksame Selbstkorrekturpotentiale zu entwickeln?

Claudia Weber *Transformation politischer Herrschaftspraxis*

Die Transformation imperialer Herrschaftspraxis, politische und wirtschaftliche Reformen, die von den Akteuren oft als Zugeständnis an einen »neuen Zeitgeist« verstanden werden, sind klassische Handlungsoptionen imperialer Eliten in der Krise. Im sowjetischen Imperium hießen diese »Exit Options« »Glasnost« und »Perestroika«, im Osmanischen Reich war es die »Tanzimat«-Periode (Neuordnung), und im Russischen Reich begann mit den »Großen Reformen« Alexanders II. eine Zeit umfassender gesellschaftlicher Transformation, die unter anderem zur Einführung lokaler Selbstverwaltungen (Semstwo: Stadtduma) führte. Alle drei Reformperioden waren »von oben« oktroyierte Versuche der politischen und gesellschaftlichen Neuordnung, die jedoch nie die Existenz des Imperiums auch nur in Frage stellten. Im Unterschied zu den Versionen späterer national-patriotischer Meistererzählungen, die in den Reformen stets den »Anfang vom Ende« erblicken, zielten politische Transformationsprozesse auf die Stabilisierung imperialer Herrschaft. Und sie reagierten – dies sehen nationale Mythologien ebenfalls anders – nur selten auf gesellschaftliche Forderungen peripherer oder widerständiger Gruppen. Dass sich – um beim Osmanischen Reich zu bleiben – die Bevölkerung im Bulgar-Millet für politische Partizipationsrechte ohnehin nicht interessierte, kann nicht überraschen. Aber selbst die so genannte bulgarische Nationalbewegung war in ihren Vorstellungen politischer Transformation und Teilhabe derart heterogen und zudem in Fraktionskämpfen verstrickt, dass ihr Einfluss auf die Tanzimat-Reformen äußerst begrenzt blieb.

Die Diskrepanz zwischen der zentralen Bedeutung, die politische Transformationsprozesse in imperialen Krisen einnehmen, und den dieser Bedeutung widersprechenden Reformbedürfnissen der Gesellschaft verdient die Diskussion. Dafür steht diese Sektion zur Verfügung. Wir möchten darüber hinaus die unterschiedlichen Möglichkeiten der »Exit Option« politische Transformation an unseren Fallbeispielen besprechen und fragen, wann imperiale Eliten auf welche Möglichkeiten zurückgriffen und zurückgreifen konnten. Ein weiterer Schwerpunkt nimmt die Folgen der »Exit Option« in den Blick. Auch hier sehe ich aufschlussreiche Paradoxien, war doch gerade die politische Transformation eine auf staatspolitische Stabilität ausgerichtete Handlungsoption, die von den Zeitgenossen ebenso wie von Historikern rückblickend für die Katastrophe – die Auflösung des Imperiums – verant-

wortlich gemacht worden ist. Hätte Michail Gorbatschow seine »sozialistische Demokratisierung« also unterlassen – die Sowjetflagge würde noch heute über dem Kreml wehen. Nun, dieser Satz gehört der kontrafaktischen Geschichte. Aber die Tatsache des geradezu klassischen Rückgriffs auf politische Reformen mit den für die imperiale Stabilität häufig fatalen Folgen, verlangt nach einer näheren Analyse dieser Handlungsoption. Sie muss nach den situativen Bedingungen fragen: Welche Faktoren provozieren den Rückgriff auf die »Exit Option« politische Transformation? Wie eingangs bereits erwähnt, scheint mir – zumindest auf den ersten Blick – gesellschaftlicher Druck weniger ausschlaggebend zu sein. Sicher, Verbesserungen ersehnten auch die sowjetischen Bürger, tiefgreifende Veränderungen aber waren weniger erwünscht. Lohnt sich der Blick auf das internationale Kräfteverhältnis, auf den Vergleich, den imperiale Eliten zu anderen Imperien/Großmächten anstellen? Inwiefern sind politische Transformationsprozesse auch nur Resultate der Selbstreflexion imperialer Eliten? Wenn wir imperiale Krisen als fundamentale Infragestellung der Machtprojektionsfähigkeit, der Struktur oder gar Existenz des Imperiums verstehen, in welchem Maße ist diese Infragestellung dann durch »innere« und »äußere« Faktoren bestimmt?

Neben den Bedingungen und Möglichkeiten der »Exit Option« politische Transformation fragen wir in dieser Sektion nach den Entscheidungen imperialer Eliten. Welche politischen Positionen werden von den Akteuren als »verhandelbar« und »nicht verhandelbar« postuliert, stets jedoch unter der Vorgabe, imperiale Stabilität (wieder-)herzustellen. Wir können darüber diskutieren, inwiefern sich die Einschätzung »peripherer« und »essentieller« Positionen im Lauf der Zeit verändert. Im sowjetischen Fall waren neben wirtschaftlichen Positionen vor allem Strukturfragen des Partei- und Staatsapparates verhandelbar. Das »Gesetz über Staatsunternehmen« von 1987 erlaubte es Betrieben, ihre Produktion am tatsächlichen Bedarf auszurichten; seit Mai 1988 waren – erstmals seit Lenins »Neuer Ökonomischer Politik« – wieder Privatunternehmen erlaubt. Dass allein diese Positionen verhandelbar waren, war für das System der sozialistischen Planwirtschaft unerhört. Im selben Zeitraum beschloss dann die 19. Parteikonferenz, den Apparat des ZK um 40 Prozent zu reduzieren und Wahlen zum Volksdeputiertenkongress zuzulassen, die diese Bezeichnung zumindest verdienten. Wodurch ist die Entscheidung für diese Positionen motiviert worden und welchen Einfluss hatte sie für den Verlauf der imperialen Krise?

An diese Frage schließt sich ein letzter Diskussionspunkt an, den ich hier »in die Runde werfen« möchte. In der Forschungsliteratur wird mit Paul Kennedy gern der »imperial overstretch« – die imperiale Überdehnung – als eine Ursache für den Niedergang von Imperien angeführt. Gemeint ist damit eine territoriale Überdehnung ebenso wie eine Überforderung materieller und personeller Ressourcen. Ich möchte diesen Begriff im Sinne der Sektion gern umwandeln und von einem »overstretch of transformation« sprechen. Litt die Sowjetunion an einem »overstretch« an Perestroika und Glasnost; ein »overstretch«, den beispielsweise die chinesische Regierung seit Jahrzehnten zu vermeiden weiß?

Der Blick auf die »Exit Option« politische Transformation generiert die Frage nach dem Zusammenhang zwischen einer »Überreaktion« imperialer Eliten und einer »Überforderung« der imperialen Gesellschaft – und vice versa. Beide setzen, so meine Vermutung, Dynamiken in Gang, die die Spielräume imperialer Herrschaft in der Krise letztendlich begrenzen. Provozierte also erst ein »overstretch of transformation« – dessen Ursachen und Verlauf es zu untersuchen gilt – jene fundamentale Infragestellung der imperialen Existenz? Die Reformen der »Tanzimat«-Periode rüttelten – freilich im Verlauf mehrerer Jahrzehnte – an den Grundfesten der imperialen Ordnung des Osmanischen Reiches. Verweisen möchte ich hier nur auf die Abschaffung des Lehnswesens (Timar), die rechtliche Gleichstellung von Muslimen und Nicht-Muslimen, die Auflösung des Millet-Systems und die Zulassung nationaler Kirchen, etwa der bulgarischen Nationalkirche durch das Ferman von 1870. Sechs Jahre später, 1876, verabschiedete das Osmanische Reich eine Verfassung. In der Sowjetunion ging alles schneller. Fünf Jahre nach dem Machtantritt Gorbatschows war die essentielle Position, die Einparteiherrschaft der KPdSU, aufgegeben. Die politische Transformation als Möglichkeit, die Stabilität des Imperiums zu sichern, war gescheitert. Angesichts dieser Schnelligkeit und Radikalität komme ich denn auch hier nicht umhin, wieder Viktor Tschernomyrdins unübertroffenen Satz zu zitieren: »Wir wollten das Beste, aber es kam wie immer.«

Protokoll

Auch in der dritten Diskussionsrunde wurden die Defizite der Dichotomie zwischen Peripherie und Zentrum beleuchtet. So wurde darauf hingewiesen, dass die Zentrumsmetaphorik mit ihrer impliziten Unterstellung, dass die Metropole »auf Sendung« sei, ein trügerisches Modell nahelegt. Häufig respondierte das Zentrum nämlich allenfalls auf die Probleme der Peripherie, die *agency* sei in Wahrheit also weit im Raum verteilt. Das Zentrum verfüge vielmehr über eine sekundäre, das heißt responsive *agency*. Entsprechend transformiere die Metropole auch nicht zwangsläufig koloniale Territorien, wenn diese in die Unabhängigkeit streben. So behielten die ehemaligen spanischen Gebiete in Amerika häufig enorme Kontinuitäten mit dem spanischen Imperium und eine konservative Ideologie – sie änderten teilweise nur ihren Namen. Auch gelte es, die Abfolge von Transformationsprozessen zu berücksichtigen: Die politische Praxis änderte sich häufig und oft in kürzesten Abständen in den Kolonien und »schwappte« erst mit Verzögerung in die Metropole hinüber. Am Beispiel des Osmanischen Reiches und der Habsburger Monarchie wurde dabei auf das Phänomen verwiesen, dass nationale Erhebungen von den Kolonien in die Metropole ausstrahlten, dort in einen eigenen Nationalismus umgeformt und in die Kolonien »zurückgespiegelt« wurden.

Als klassisches Beispiel einer erlernten Krisenbewältigung durch Transformation wurde auf die Dominions des britischen Empire verwiesen, die durch den Parlamentarismus und diverse kulturelle Gemeinsamkeiten (Sport, Sprache) mit der Metropole verbunden blieben. In diesem Sinn könnte das von London letztendlich akzeptierte Modell des »Responsible Government« auf die Bereitschaft zurückgeführt werden, in der imperialen Praxis verschiedene politi-

sche Modelle zu erproben und die im Zentrum bewährte Mixtur aus Prinzipientreue und Pragmatismus an der Peripherie zu tolerieren. Gleichwohl, so die Einschränkung, führten die Weltkriege zu einer stärkeren Loslösung der Dominions. Die Lernfähigkeit sei zwar vorhanden gewesen, aber auch eingeschränkt geblieben, wie sich am Fallbeispiel Indiens zeige. Dessen Forderungen nach Dominion-Status wurde zu spät nachgegeben. Auch in anderen Situationen ließen sich im britischen Empire ausbleibende Lernprozesse beobachten: Nach dem Fall Singapurs 1942 – von Nationalisten als ein Präzedenzfall dafür wahrgenommen, dass die Briten nicht unbesiegbar seien – und der Rückkehr der Briten zerstörten gegenseitige Schuldzuweisungen (kombiniert mit wirtschaftlichen Krisen) das Band zwischen Kolonialherren und indigenen Eliten. Der angeblich wohlmeinende britische Rückzug aufgrund eines gefühlten »wind of change« sei dagegen in vielen Fällen, so wurde herausgestellt, eine bloße historiographische Legende. Insgesamt wurden für das britische Empire jedoch von mehreren Teilnehmern Lernprozesse geltend gemacht, die in dieser Form beispielsweise im spanischen Imperium nicht zu erkennen sind. Dort führte die Insistenz auf »direct rule« (im Gegensatz zum Umdenken im Sinne eines »responsible government« in den britischen Dominions) ultimativ zum Absprung der Kolonien in die Unabhängigkeit. Und als man im Jahr 1897 den noch verbliebenen Kolonien Kuba und Puerto Rico eine »colonial home-rule« zugestand, war der »point of no return« bereits überschritten. Ist die Transformation in diesem Fall eher der Erndtöpfung als einer kreativen Einsicht in die Notwendigkeit geschuldet gewesen? Zumindest wurde die weitere Umsetzung dieses Entgegenkommens durch die US-amerikanische Intervention im Frühjahr 1898 zunichtegemacht. Unabhängig davon, ob im Einzelfall eher Unterschiede oder Gemeinsamkeiten hervorstechen, sollte man – so das Resümee – an der Frage nach dem »Selbstkorrekturpotential« von Imperien festhalten.

Eine Reihe kritischer Anmerkungen bezog sich auf die Gefahr einer positiven Aufladung des Lernbegriffs. Die Sowjetunion habe beispielsweise ihre »Lernfähigkeit« bewiesen, als sie auf Krisen im Hegemonialbereich mit der Erschießung der verantwortlichen Personen reagierte. Als sich etwa nach dem Prager Frühling zeigte, dass die Okkupation nicht nur extrem effektiv war, keinen Bürgerkrieg provozierte, die Positionen der Akteure im Moskauer Politbüro stärkte, sondern auch den eigenen Supermachtstatus bekräftigte, empfahlen derartige Lernerfahrungen gewaltsame Repressionen als gangbaren Lösungsweg. Das Sowjetimperium habe insgesamt gelernt, dass die aussichtsreichsten Reaktionen auf Krisen nicht in Zugeständnissen und Transformationen, sondern in der Ermordung lokaler Eliten und der Deportation von Bevölkerungen bestünden. Deshalb sei eine normative Konnotation des Lernbegriffs problematisch – ebenso wie der zuvor verwendete Terminus der Aushandlung. Folglich stellte sich in der Diskussion die Frage, ob statt von »Lernen« eher von Flexibilität oder Anpassungsfähigkeit der Imperien oder von einem Wissenstransfer gesprochen werden sollte. In jedem Fall sprach man sich dafür aus, den Lernbegriff von seiner normativen Dimension zu befreien

und ihn wertneutral zu verstehen. Und nicht zuletzt sollte ein weiterer Aspekt kritisch geprüft werden: Was ist mit der Rede vom »institutionellen Lernen« oder vom »institutionellen Gedächtnis« gemeint? Kann eine Institution Erfahrungen speichern, reflektieren oder weitergeben und aus der Vergangenheit Schlüsse für die Zukunft ziehen?

Die Debatte um die »normative Falle« des Lernbegriffs betreffend, wurde auch darauf verwiesen, dass erfolgtes Lernen nicht mit erfolgreichem Lernen gleichzusetzen sei. Auch führten in der Praxis unter krisenhaften Bedingungen realisierte Lernprozesse häufig zu »dummen« Reaktionen, die diametral den verfügbaren Erkenntnissen widersprächen. Es sei nun einmal möglich, das Richtige falsch oder das Falsche richtig zu lernen. In diesem Zusammenhang wurden mehrere Szenarien durchgespielt. So beriefen sich die USA im Irak auf ihre Lernerfahrung aus der Besetzung Deutschlands von 1945 – mit bekannten Folgen. Ebenso entschieden sich die USA bei diesem Beispiel für einen positiven Referenzfall (Deutschland) und nicht für den ebenso denkbaren negativen Referenzfall (Vietnam). In anderen Situationen griffen Imperialmächte bei Aufständen immer wieder auf britische *Counterinsurgency*-Konzeptionen und SOPs (*Standard Operating Procedures*) zurück – die ebenso regelmäßig versagten. Auch die auf »falsch gelernten« Lektionen basierende Wiedereinsetzung sowjetischer Gouverneure, die in der Praxis keinerlei Wissen über zu regierende Regionen hatten, erwies sich als fatal und führte ultimativ zum Verlust des Kaukasus. Der Mangel an Sachkenntnissen über die zu regierenden Regionen und lokalen Gesellschaften hatte sich schon im russischen Zarenreich als ein wiederkehrendes Problem erwiesen. Zarische Eliten tauschten sich im Zweifel eher mit den ihnen nächststehenden europäischen Eliten aus. So lernten sie nicht durch Erfahrung und lokales Wissen, sondern aus im Grunde irrelevanten Fremdperzeptionen. Dies sei, wie mehrere Teilnehmer unterstrichen, nicht nur ein Problem des russischen oder Sowjetimperiums gewesen.

Eine gründlichere Analyse der Lernprozesse von Imperien und imperialen Eliten untereinander wurde insgesamt als ein geschichtswissenschaftliches Desiderat identifiziert. Wie im Verlauf der Diskussion festgestellt wurde, belegten mehrere historische Beispiele die Bedeutung eines solchen interimperialen Lernens. Als exemplarisch wurde unter anderem der Versuch des deutschen Kolonialsekretärs Bernhard Dernburg Anfang des 20. Jahrhunderts bezeichnet, britische Fremderfahrungen unter Überspringung des eigentlichen Konkurrenzverhältnisses für das Management deutscher Kolonien in Afrika zu nutzen. Auch für das Studium der japanischen Imperialgeschichte auf Taiwan oder den Philippinen (»mimetic imperialism«) wurde das Feld des interimperialen Lernens als ein fruchtbares Studienobjekt bezeichnet. Ebenso müsse vergleichend untersucht werden, mit wem imperiale Eliten über Krisen kommunizierten.

Abschließend wurde erneut die Frage aufgegriffen, weshalb sich politische Transformation und das Zugeständnis von Partizipationsrechten in der Geschichte von Imperien überhaupt als Exit Option erwiesen habe. In vielen Fällen habe sie ihr Ziel verfehlt, die Stabilitätsprobleme eines Imperiums nur ver-

größert. So führten etwa britische Zugeständnisse an die britische Bevölkerung am Kap nach 1902 lediglich dazu, dass die Hoffnungen der Buren auf wirkliche Repräsentation sukzessive enttäuscht wurden. Auch nachdem die Dominion »Südafrikanische Union« geschaffen wurde, setzte sich der Distanzierungsprozess vom britischen Empire fort und kulminierte schließlich 1961 in der Republik Südafrika. Zwar bedeutete diese Exit Option eine politische Transformation für die Buren, nicht aber für die afrikanische Mehrheitsbevölkerung, die nach wie vor unter fremder Herrschaft stand. Ähnliches galt für den Versuch, das zarische Imperium zu homogenisieren und es »kulturell ebenbürtig« zu machen – hier entstand zunächst Unruhe, bis ein Lernprozess einsetzte, der die Rückständigkeit der Peripherie schließlich wieder tolerierte. Insgesamt lässt sich politische Transformation, so die Schlussfolgerung mehrerer Teilnehmer, nicht als ein erlerntes Regelwerk im Sinne einer »eingespielten Antwort« verstehen – Krisen, für die erprobte, mit hoher Erfolgsaussicht oder gar mit Erfolgsgarantie anzuwendende Reaktionsmuster bereitstünden, seien keine wirklichen Krisen.

Wann und unter welchen Bedingungen greifen imperiale Eliten auf Gewalt als Krisenlösungsstrategie zurück?

Wann und unter welchen Bedingungen greifen periphere soziopolitische Gruppen in imperialen Krisen zur Gewalt als Handlungsoption (zum Beispiel separatistische Bewegungen, Sozialaufstände, Terrorismus)?

Wie verhalten sich Institutionen und Apparate der Gewalt in imperialen Krisen und welche Rolle spielen dabei frühere Krisenerfahrungen?

Wann wird in imperialen Krisen der Gewaltverzicht zur Option?

Bernd Greiner *Gewalt als Handlungsoption*

Zweifellos ging der Zerfall der Sowjetunion nicht ohne Gewalt ab, wie am Beispiel des Kaukasus oder des Baltikums zu erkennen ist. Und dennoch hatte niemand damit gerechnet, dass dieses Imperium fast geräuschlos implodiert. Im Gegenteil: Visionen vom Untergang der UdSSR waren immer Visionen eruptiver Gewalt. Nun kann man natürlich sagen, dass diese Grundannahme weniger mit historisch informierter Urteilskraft zu tun hat als vielmehr auf mentale Tiefenprägungen zurückgeht, die in der Zeit des Kalten Krieges entstanden sind. Genauer gesagt, dass sich darin ein letztes Mal die Vorstellung des essentiell aggressiven und selbstzerstörerischen Russen spiegelt. Andererseits gab es gute Argumente, um im sowjetischen Fall mit einer Eskalation zum Äußersten zu rechnen. Dabei konnte man sich auf die historische *longue durée* berufen – etwa darauf, dass seit den 1300er Jahren Gewalt regelmäßig als Mittel der Krisenbewältigung und Konfliktlösung eingesetzt wurde. Deportation, Umsiedlung, Ermordung von Klassenfeinden – dergleichen Praktiken wurden bekanntlich nicht nur reaktiv, sondern viel öfter präventiv angewandt. Oder denken Sie an die nachstalinistische Zeit, an die militärischen Interventionen von Ungarn bis Afghanistan, an das Hantieren mit einer Präventivkriegsoption gegen China im Herbst 1969. Schließlich ist noch anzumerken: Das Erstaunen über den sowjetischen Gewaltverzicht seit Ende der 1980er Jahre hängt auch mit unserem Wissen über das Verhalten anderer Groß- und Hegemonialmächte in anderen Epochen zusammen, ist mithin an die Erwartung eines »imperialen Normalfalls« gekoppelt.

Wann also wird Gewalt zu einer Option? Dass die materielle und militärische Bedeutung der Peripherie für das Zentrum eine erhebliche Rolle spielt und dass aus der Perspektive des Zentrums auch das materielle Kosten- und Nutzenkalkül entscheidend ins Gewicht fällt, liegt auf der Hand. Dennoch können immaterielle Faktoren und Motive hinsichtlich ihrer dynamisierenden Kraft gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Groß- und Hegemonialmächte definieren oft, wenn nicht in aller Regel ihren Status an machtpsychologischen Kriterien. An Faktoren wie symbolische Politik, Image, Imagemanagement, Glaubwürdigkeit, Anerkennung oder an der bloßen Demonstration des Willens zur Macht. In solchen Fällen hängt ihr Verhalten mitnichten

davon ab, ob materielle Ressourcen oder strategisch zentrale Positionen auf dem Spiel stehen. Und in solchen Fällen taucht in der zeitgenössischen Betrachtung wie in der historischen Analyse regelmäßig der Begriff des »Irrationalen« auf – ein Begriff, der verkennt, dass gerade dem scheinbar Irrationalen aus der Akteursperspektive ein hohes Maß an Rationalität und Zweckmäßigkeit innewohnen kann.

Wie hoch der symbolische Wert eines Imperiums zu veranschlagen ist, zeigt sich etwa an der Haltung Georges III. und der britischen Elite am Vorabend des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges: In den Krieg zu ziehen hieß für sie, die Stärke, Durchsetzungsfähigkeit und Integrationskraft der Krone zu demonstrieren. In diesem Sinne war die »Idee des Empire« ein entscheidender Kriegsgrund. Oder denken Sie an Spanien, das zwischen 1824 und 1826 bis auf Kuba, Puerto Rico und die Philippinen alle Kolonien in Übersee hatte aufgeben müssen. Der anschließende »Traum imperialer Wiederauferstehung« markiert auch den Beginn eines öffentlichen Diskurses über Gewalt als außenpolitische Option. Und in der Folge verstärkte man die militärische Präsenz in den verbliebenen Überseebesitzungen, schloss die Einheimischen von politischer Mitbestimmung aus, verfolgte eine Politik strikter Exklusion, kurz: Man verabschiedete sich von allen um 1810 entwickelten Modellen einer zumindest formellen Gleichberechtigung der »peripheren Bevölkerung« und setzte alles auf die Karte der Zentralisierung und Militarisierung.

Doch welche Faktoren sprechen gegen den Einsatz von Gewalt? Wenn ich es richtig sehe, wurden in unserer Diskussion bereits mehrfach relevante Hinweise gegeben. Erstens wurde zu Recht auf Status, Politik, Behauptungswillen und Behauptungsvermögen der Peripherie hingewiesen, Elemente, die das Kosten- und Nutzenkalkül einer Großmacht entscheidend beeinflussen. Zweitens sollten wir mit Blick auf die metropolitanen Zentren nicht allein die Eliten als Akteure im Blick haben. Denken Sie etwa an die Kriegsmüdigkeit in Großbritannien nach dem Zweiten Weltkrieg und deren Einfluss auf die Politik gegenüber Indien und Burma. Für einen dortigen Militäreinsatz fehlten nicht allein die materiellen Mittel; dergleichen war innenpolitisch schlicht nicht mehr durchsetzbar. Ähnliches lässt sich im metropolitanen Spanien nach dem Verlust von Kuba, Puerto Rico und den Philippinen konstatieren: Auch hier war Gewalt – etwa zum Aufbau eines »kleinen Imperiums« in Nordafrika und Äquatorialguinea – schlicht keine Option mehr.

Lassen Sie mich noch eine Beobachtung hinzufügen: Um die Frage nach der Anwendung von oder des Verzichts auf Gewalt hinreichend zu erfassen, sollten wir uns von Kategorien verabschieden, die ihren Ursprung im »rational actor«-Modell haben. Genauer gesagt: Kategorien wie »Zweck«, »Instrumentalität«, »Planung« oder »Kalkül« und mit ihnen die Accessoires einer Theorie »rationalen Handelns« verschatten die Probleme mehr, als dass sie zu ihrer Aufhellung beitragen. Allzu oft geben Zufall und Unvorhergesehenes den Ausschlag oder schlicht Missverständnisse, Chaos und Fehlinterpretationen. Sie sind aus der Bildung und Wahrnehmung von Optionen, aus dem intellektuellen und moralischen Horizont der Akteure nicht wegzudenken. Mit

Begriffen wie Offenheit oder Kontingenz wird diese Seite des Problems treffender beschrieben.

Aber in diesem Zusammenhang kommen meiner Meinung nach beachtenswerte analytische Angebote aus der »history of emotions« noch immer zu kurz – nämlich »Anerkennung« und »Angst«. In soziologischen Abhandlungen wird in jüngster Zeit zu Recht darauf aufmerksam gemacht, dass soziale und politische Akteure Gewalt als Mittel zur Lösung von Statusproblemen sehen, von Problemen, die sich auch als Thematisierung von Anerkennungsdefiziten beschreiben lassen. Gewalttätig zu handeln, heißt in diesem Zusammenhang, sich demonstrativ der eigenen Macht zu versichern, verlorene Kontrolle wiederzugewinnen, klare Verhältnisse und einfache Wahrheiten zu schaffen. Kurz: jene Anerkennung materiell und symbolisch einzuklagen, die einem real oder imaginiert von Dritten nicht zuteil wird. Welchen Gewinn, so wäre zu fragen, wirft dieses Konzept ab, wenn wir es nicht allein auf individuelle Akteure beziehen, sondern auch das Verhalten von Staaten unter diesem Gesichtspunkt beurteilen?

Ähnliches lässt sich zur Rolle von Angst als handlungsleitendem Faktor sagen. Angst vor einer fremden Invasion war um nur ein Beispiel zu nennen, offenkundig ein zentrales Motiv hinter Stalins Deportationspolitik während des Zweiten Weltkrieges. Dementsprechend provozierten bereits die geringsten Anzeichen von Disloyalität überschießende Gewaltreaktionen. Es wäre eine verschenkte Gelegenheit und ein grobes Missverständnis, wenn wir die Rolle von Angst in Krisen und Konfliktsituationen nur auf totalitäre, autokratische oder diktatorische Systeme bezögen. Angst beschränkt auch mit Blick auf Demokratien ein wichtiges Feld historischer Analyse – nicht zuletzt, weil Angst ein durch und durch demokratisches Phänomen ist: Sie kennt keine Unterschiede des Standes, der Zugehörigkeit, des Alters oder des Geschlechts. Sie kann im Gegenteil ubiquitäre Deutungsmacht entfalten und letztendlich darüber entscheiden, welche Exit Options gewählt oder verworfen werden.

Protokoll

Im Verlauf der Sektion wurde eine Reihe von Situationen thematisiert, in denen Gewalt ein prägendes Merkmal imperialer Machtausübung war. Gewalt tauchte häufig in Szenarien auf, wo sie historisch bereits einmal angewandt worden war – und zwar mit Erfolg. Andererseits hänge die Wahrscheinlichkeit des Einsatzes von Gewalt in hohem Maße von weiteren Parametern der politischen Kultur ab. Gerade in diesem Kontext sei die Bedeutung innenpolitischer Akteure enorm: So forderte die liberale britische Öffentlichkeit nach dem Massaker von Amritsar 1919 den weitgehenden Verzicht auf Gewalt – die Anwendung von Gewalt in Indien ging daraufhin tatsächlich deutlich zurück. In Kenia, »Britain's gulag«, konnte die Imperialmacht dagegen aufgrund mangelnden Interesses der Öffentlichkeit in den 1950er Jahren unbeobachtet und beinahe ungestört agieren. Erst als sich große Zeitungen wie der *Observer* für die Lage in Kenia interessierten, wurde die Gewaltanwendung eingeschränkt. Auch die Suezkrise und die damit einhergehende Bombardierung

Ägyptens zeigte eine opportunistische Eskalationsbereitschaft, solange sich das öffentliche Interesse in Grenzen hielt: »We'll do it as long as we'll get away with it.« Insgesamt erwiesen sich solche »checks and balances« im britischen Empire jedoch als relativ einflussstark – etwa im Vergleich zum spanischen Imperium oder der Sowjetunion. Drittens, wurde hinzugefügt, sei Gewalt auch immer ein Zeichen der relativen Schwäche imperialer Herrschaftssysteme. Sie verspreche meist nur kurzfristige Erfolge. Im britischen Empire waren etwa Repression und Krieg die langfristig erfolglose Antwort auf die Probleme in den amerikanischen Kolonien und in Irland. Erst bei einer gefestigten Lage in der Metropole wählte man gewaltfreie Verfahren, wie die Schaffung von Dominions. Gerade in der Situation des »imperialen Exit« fielen dagegen häufig die Kontrollinstanzen des geschwächten Imperiums weg, worauf extreme Gewalt folgte.

In der Diskussion wurde immer wieder verlangt, die verschiedenen Dimensionen von Gewalt bei der Erforschung von Imperien näher zu klassifizieren. Im welchem Verhältnis steht »imperiale Gewalt« zur »alltäglichen Gewalt« an der Peripherie? Zwar wurde festgestellt, dass Gewalt an der Peripherie viel mit eingespielten Gewohnheiten zu tun habe und gerade wegen ihrer Verstetigung und Normalität auch wieder in die Metropole zurückwirken könne; andererseits wurden Bedenken gegen eine am Begriff der »strukturellen Gewalt« orientierte Sichtweise laut, abstrahiert dieses Interpretament doch von den handelnden Akteuren. Richtig sei indes, dass imperiale Herrschaft stets durch eine gewisse Prekarität geprägt war und deshalb mit »entsic herthem Colt« ausgeübt wurde. Nicht minder bedeutsam seien Gewaltkulturen indigener Gruppen untereinander – wie etwa bei den Auseinandersetzungen mit den Indianern der Great Plains und während des Boxeraufstandes in China sichtbar wurde.

In diesem Zusammenhang wurde auch vor der Beliebigkeit eines zu weit gefassten Gewaltbegriffes gewarnt: Ungleichheit und Unterdrückung seien nicht identisch mit Gewalt im Sinne einer »verletzenden Handlung«. Solche »in Fleisch geschnittene Botschaften« seien bereits in vormodernen Imperien Teil der Herrschaftspraxis gewesen und zeigten sich in der Moderne insbesondere im stalinistischen Imperium. Gerade moderne Imperien, so wurde daraufhin eingewandt, könnten in der Realität durchaus gewalttätiger sein als vormoderne Imperien, in denen Gewalt häufig eher exemplarisch eingesetzt wurde. Insgesamt, so die Schlussfolgerung, sei es wichtig, zwischen Formen alltäglicher Gewalt und ihrer Anwendung bei wirklichen »Scheidewegen« – in fundamentalen Krisen also – zu differenzieren. Ebenso wenig solle man Gewalt im Imperium als omnipräsent und den Krieg als einen Dauerzustand des Imperiums begreifen – Imperien verbrannten zwar in den Feuern des Krieges, doch dies sei lediglich ihr Endpunkt. Selbst in solchen Momenten habe das Imperium aber noch Wahlmöglichkeiten: Es konnte (wie die Habsburger Monarchie im Ersten Weltkrieg) mit fliegenden Fahnen untergehen oder aber (wie die Sowjetunion in den 1990er Jahren) auf eine weiche Landung abzielen.

Auch in dieser Sektion zeigten sich Probleme mit der Dichotomie zwischen Metropole und Peripherie: Nicht alle Imperien seien kolonial verfasst gewesen. Vor allem aber lenke die Vorstellung der Gewaltprojektion von der Metropole auf die Peripherie von dem zentralen Schauplatz des Kampfes zwischen Imperien ab. Die meisten Imperien – namentlich Großbritannien, Frankreich, Spanien und das Osmanische Reich – gingen entweder direkt im Kampf mit anderen Europäern oder als Folge von Kriegen mit europäischen Mächten unter.

Gerade in solche interimperialen Kriege spiele das Phänomen der Angst in erheblichem Maße hinein: Der Krieg von Imperium gegen Imperium werde durch die Angst vor Ansehens- und Bedeutungsverlusten befeuert. Allerdings gab es bei der Frage, ob und inwieweit Angst im Entscheidungsprozedere sowjetischer Eliten ein relevanter Faktor gewesen sei, starke Differenzen. Zwar sei es korrekt, so ein Hinweis, dass der Massenterror auch deshalb kaum mehr zu stoppen gewesen sei, weil die Führungseliten etwaige Vergeltung fürchten mussten, doch sei eher von tiefem Misstrauen gegenüber Rivalen und Untertanen auszugehen: »Menschen wie Stalin kannten keine Angst.« Von anderer Seite wurde zu bedenken gegeben, dass der Begriff der Angst als ein fundamentales menschliches Gefühl nicht scharf genug sei. Er betreffe nicht die Handlungslogik oder Motivationsstruktur eines Diktators oder Königs, der niemals real und physisch durch Probleme an der Peripherie bedroht sei.

Dagegen wurde eingewandt, dass gerade die anthropologische Dimension der »History of Fear« viel zur Erforschung von Imperien und der Entscheidung zum Einsatz von Gewalt beitragen könne. Gewaltanwendung sei stets als Resultat einer Entscheidung zu begreifen und nicht als Folge eines Gewöhnungsprozesses, bei dem man am Ende »nicht anders kann«. So seien etwa Breschnews bereits erwähnte Äußerungen in Washington wegen eines unberechenbaren Mao ein klares Zeichen von Angst – Angst vor Bedrohung wie auch vor Machtverlust. Dass Angst als solche nicht ausdrücklich in Quellen spezifiziert wird und in der Regel keine direkt zitierbaren Spuren hinterlässt, wurde als selbstverständlich vorausgesetzt. Obwohl von »Kindesbeinen im Massaker gestählt«, sei selbst die sowjetische Führung nicht frei von Angst gewesen – etwa der Angst vor unzuverlässigen Minoritäten oder einem Wiederaufflammen des Bürgerkriegs. Andererseits, so wurde eingewandt, müsse man nicht voraussetzen, dass Angst zwangsläufig zur Gewalt führe.

Gegen Ende der Diskussion wurden Bedenken geäußert, dass die Fragestellungen der einzelnen Sektionen in einer Art »Handbuch des Weißen Imperiums« oder in einer »Anleitung zum guten Imperialismus« münden könnten. Die Veranstalter betonten darauf, die Untersuchung von Gelenkstellen und Scheidewegen habe rein analytischen Charakter. Sie solle Situationsverläufe und Gestalttransformationen erklären. Bei der Erforschung der diskutierten Aspekte ginge es um die Prozesse, die ein Imperium destabilisierten, nicht primär um die Frage nach den Mitteln zur Stabilisierung. Man müsse anerkennen, so bekräftigte ein Teilnehmer, dass Imperien in der Weltgeschichte eine Herrschaftsform der langen Lebensdauer gewesen seien – im

Vergleich zum deutlich jüngeren Nationalstaat. Gerade angesichts der Kompositzusammensetzung von Imperien frage man zu Recht, was sie trotz markant zentrifugaler Kräfte zusammenhielt. Unter diesen Vorzeichen zeigte sich ein genereller Konsens, Imperien sowohl hinsichtlich ihres Integrationspotentials und ihrer Stiftung globalen Zusammenhalts zu betrachten als auch ihr – im Sinne der *Subaltern Studies* (und der *New Imperial History*) geltend gemachtes – Desintegrationspotential kenntlich zu machen.

Klaas Voß

Literatur

Karen Barkey und Mark von Hagen (Hrsg.), *After Empire. Multiethnic Societies and Nation-Building. The Soviet Union and the Russian, Ottoman, and Habsburg Empires*, Boulder, CO, 1997.

Karen Barkey, *Empire of Difference. The Ottomans in Comparative Perspective*, Cambridge 2008.

Mark R. Beissinger, »Rethinking Empire in the Wake of Soviet Collapse«, in: Zoltan D. Barany und Robert G. Moser (Hrsg.), *Ethnic Politics After Communism*, Ithaca, NY, 2005, S. 14–45

D. George Boyce, *Decolonisation and the British Empire, 1775–1997*, Basingstoke 1999.

Archie Brown, *Seven Years that changed the World: Perestroika in Perspective*, Oxford 2007.

Jane Burbank und Frederick Cooper (Hrsg.), *Empires in World History. Power and the Politics of Difference*, Princeton 2010.

Jane Burbank, Mark von Hagen und Anatoliy Remnev, *Russian Empire. Space, People, Power, 1700-1930*, Bloomington 2007.

Amy Chua, *Day of Empire. How Hyperpowers Rise to Global Dominance and Why They Fall*, New York 2007.

John Darwin, *After Tamerlane. The Rise and Fall of Global Empires, 400–2000*, London 2007

Karen Dawisha und Bruce Parrott (Hrsg.), *The End of Empire? The Transformation of the USSR in Comparative Perspective*, Armonk, NY 1997.

- Alexander Demandt (Hrsg.), *Das Ende der Weltreiche*. Von den Persern bis zur Sowjetunion, München 1997.
- Michael W. Doyle, *Empires*, Ithaca, NY 1986.
- Stephen Howe, *Empire. A Very Short Introduction*, Oxford 2002.
- Dominic Lieven, *Empire. The Russian Empire and Its Rivals*, London 2000.
- Terry Martin, *The Affirmative Action Empire*. Nations and Nationalism in the Soviet Union 1923–1939, Ithaca 2001.
- Alexander J. Motyl, *Imperial Ends*. The Decay, Collapse, and Revival of Empires, New York 2001.
- Herfried Münkler, *Imperien*. Die Logik der Weltherrschaft vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten, Berlin 2005.
- Stephen Kotkin, *Armageddon Averted: The Soviet Collapse, 1970–2000*, New York 2001.
- Jürgen Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt*. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, 3. Aufl., München 2009, S. 607–610.
- Ronald Robinson, »The Excentric Idea of Imperialism, with or without Empire«, in: *Imperialism and After*. Continuities and Discontinuities, hrsg. v. Wolfgang J. Mommsen und Jürgen Osterhammel, London 1986, S. 267–289.
- Martin Thomas, Bob Moore und L. J. Butler, *Crises of Empire*. Decolonization and Europe's Imperial States, 1918–1975.
- Vladislav Zubok, *A Failed Empire*. The Soviet Union in the Cold War from Stalin to Gorbachev, Chapel Hill 2007.